

Haushaltsrede der AfD- Stadtratsfraktion

Herr Pontius (Fraktionsvorsitzender der AfD Koblenz)

Dezember 2016

1- Begrüßung

- 1- Verehrter Herr Oberbürgermeister
- 2- Sehr geehrter Stadtvorstand
- 3- Liebe Kolleginnen und Kollegen
- 4- Sehr geehrte Damen und Herren der Presse
- 5- Verehrte Gäste

2- Rückblick – Haushaltsrede 2015

Ich habe vor ungefähr einem Jahr an eben dieser Stelle gestanden und habe für Teile meiner Rede, wie sich die Rhein Zeitung ausdrückte **Unmuts-Gemurmel** über mich ergehen lassen müssen. Das resultierte insbesondere aus der Tatsache, dass ich aufgrund meiner letztjährigen Recherchen zum Haushalt einige **unbequeme** Zahlen und Fakten präsentiert habe.

Doch stehen Zahlen und Fakten, in Bezug auf den Haushalt, niemals für sich allein. Es gibt Menschen, die dafür verantwortlich sind.

Ich weiß, dass hinter allen Ergebnissen, die ich ihnen heute präsentieren werde, **höchst engagierte** Führungskräfte der Koblenzer Stadtverwaltung stehen, die **hoch motiviert** mit **Begeisterung** und **Zuverlässigkeit** ihr Aufgabenprofil erfüllen. Dafür auch von mir herzlichen Dank.

Aber, meine Damen und Herren, wenn man sich mit dem Haushalt auseinandersetzt, stehen nun mal die Zahlen und Fakten im Vordergrund: zugegebener Weise, gefallen sie den einen mehr, den anderen weniger.

3- Koblenz: Finanzielle Situation Vergleich mit dem Land und den größten Kreisfreien Städten in Rheinland- Pfalz.

Auch in diesem Jahr habe ich mir erlaubt, einige Bereiche besonders intensiv zu durchleuchten. Bei den Daten, die ich Ihnen heute präsentieren möchte, habe ich mich auf Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes und im Landtag verabschiedete Gesetze gestützt.

Zunächst möchte ich erwähnen, dass mir dabei erfreulicherweise auch viele positive Sachen ins Auge gefallen sind. Zum Beispiel die Stellung unserer Stadt Koblenz in Rheinland-Pfalz, insbesondere im Vergleich mit anderen kreisfreien Städten. Ich habe mich dabei auf die fünf

größten kreisfreien Städte (Koblenz, Mainz, Ludwigshafen, Trier und Kaiserslautern) konzentriert.

Rheinland-Pfalz hat gerundete 4. Millionen Einwohner. Davon leben 113.000, also **2,8%**, in Koblenz.

Die Schulden des Landes Rheinland-Pfalz liegen aktuell bei 45,6 Milliarden Euro.

Die Schulden der Stadt Koblenz, deren Höhe diesem Haus hinreichend bekannt sein sollte, machen dabei **1,14%** der Gesamtverschuldung des Landes aus.

Meines Erachtens ist das, gemessen an dem Bevölkerungsanteil, kein beunruhigendes Ergebnis.

Die Zahlen machen deutlich, dass Rheinland- Pfalz durchschnittlich mit 11.300,00 Euro pro Kopf verschuldet ist.

Werfen wir einen Blick auf die fünf größten kreisfreien Städte, so ergibt sich folgendes Bild:

- **Kaiserslautern** als negativer Spitzenreiter mit knapp 10.000,00 Euro pro Kopf;
- Es folgt **Ludwigshafen** mit knapp 7000,00 Euro pro Kopf;
- **Mainz**, mit knapp 6000,00 Euro pro Kopf;
- Und **Trier**, ebenfalls mit gut 6000,00 Euro pro Kopf.

Koblenz liegt mit einer Pro Kopfverschuldung von unter 4000,00 Euro **deutlich darunter**. Aber es geht natürlich noch besser: Spitzenreiter der Kreisfreien Städten in Rheinland- Pfalz, im positiven Sinne, ist mit 1700,00 Euro pro Kopfverschuldung: Neustadt an der Weinstraße.

Ich glaube allerdings dass, bei allen finanziellen Anstrengungen, die noch auf uns zukommen, **Koblenz** deutlich mehr Luft nach oben hat, als die eben genannten anderen Städte in Rheinland-Pfalz. Deshalb sollte es dem Land gegenüber wesentlich selbstbewusster auftreten.

4- Erfolge - Koblenz

Trotz allem Enthusiasmus, gibt es aber auch in Koblenz mehr zu tun als wir wahrhaben wollen, und wir werden nicht umherkommen, zukünftig im sozialen Bereich **wesentlich mehr Geld** in die Hand zu nehmen.

Es gibt Tatsachen, die sind einer Stadt wie Koblenz **unwürdig**. Einerseits hat die Stadt die vom Land zugewiesenen Aufgaben in punkto Unterbringung von Asylbewerbern beispielhaft gelöst und kann zurecht **auf das Erreichte stolz sein**.

Ich möchte mich da, **auch wenn das einige Kollegen wundern wird**, den Worten unseres verehrten Herrn Oberbürgermeister anschließen. Wenn uns Asylbewerber zugewiesen werden, woran wir nichts ändern können, dann wollen wir wenigstens zeigen, dass Koblenz dieser Aufgabe gewachsen ist und nicht Bilder produzieren, die **Verwaltungsversagen** und **Ohnmacht zeigen**, wie es in vielen anderen Städten leider der Fall war.

In diesem Zusammenhang, erlaube ich mir, Sie daran zu erinnern, dass die Zahlen, welche ich letztes Jahr prognostiziert habe, nun Realität geworden sind.

Der Eintritt einer weiteren Prognose von mir steht noch aus und ich hoffe ausdrücklich nicht bestätigt zu werden.

5- Prognose: Nachzug von Familienangehörigen

Ich sehe trotz gelungener Vorbereitung auf einen eventuellen weiteren Zustrom auf unsere Stadt, der z.B. auf Grund des Unsicherheitsfaktors Türkei kommen kann, immer noch eine **große Planungsunsicherheit bezüglich des Familiennachzugs der Asylbewerber. Das sieht der Bundesrechnungshof in seinem Rechnungshofbericht vom 13.11.2016 genauso.**

Die Flüchtlinge haben alle, seit März 2016, nur subsidiären, also eingeschränkten Schutz. Diese Einstufung verzögert den Familiennachzug um zwei Jahre.

Nach Ablauf dieser Frist haben Familienangehörige das Recht ebenfalls nach Deutschland einzureisen. **Benötigt werden also weiterer Wohnraum und weitere Sozialleistungen.**

Wen haben wir in Koblenz diesbezüglich zu erwarten?

Anerkannte Asylbewerber haben das Recht, ihre Kernfamilie im Zuge des Familiennachzugs ebenfalls nach Deutschland zu holen. Dabei kann es sich um Ehepartner, minderjährige Kinder, oder im Fall von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern, um die Eltern handeln.

Lassen Sie mich an dieser Stelle aus den rechtlichen Vorlagen zitieren:

„Für Angehörige müssen genügend Wohnraum vorhanden und der Lebensunterhalt gesichert sein.“

Hier werden noch gewaltige Anstrengungen auf uns zukommen. Und damit nicht genug.

Immer mehr Asylbewerber klagen vor den Verwaltungsgerichten eben gegen diesen subsidiären Schutz.

In 90% der gefällten Urteile wird den Klägern der vollumfängliche Schutzstatus gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention zugesprochen. Dadurch wird der sofortige Nachzug von Familienangehörigen, ohne den Ablauf weiterer Fristen, möglich.

Das Trierer Verwaltungsgericht hat dieses Jahr bereits in Hunderten solcher Fälle den Klagen von Syrern Recht stattgegeben und somit Entscheidungen des BAMF aufgehoben.

6- Probleme- Koblenz

Aber, lassen Sie mich zurück zu den aktuellen Tatsachen kommen, mit denen Koblenz bereits jetzt konfrontiert ist.

Kinderarmut:

Die **Kinderarmut** liegt bei 19,3 %. Damit ist sie ungefähr **doppelt so hoch** wie der Landesdurchschnitt in RLP. Das ergab die Auswertung der Zahlen der Bertelsmanns Stiftung im Jahr 2015. Für das Jahr 2016 geht man von einer **steigenden** Tendenz aus.

Kinder sind unserer Zukunft.

Armut beeinträchtigt spätere Bildungs- und Berufschancen deutlich.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Altersarmut:

Ein weiteres Problem ist die steigende Gefahr von **Altersarmut**:

Viele ältere Bürger, insbesondere Frauen, kommen auch in Koblenz mit ihren Altesbezügen nicht aus, mancher droht zu verarmen.

Das gilt leider auch für viele Personen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, viele davon sehr hart.

Das nächste Dilemma: Bezahlbarer Wohnraum:

Ich meine an dieser Stelle sowohl den **sozialen Wohnungsbau** als auch bezahlbare Wohnobjekte im Rahmen des finanziertem Wohnungsbau. Hier ist es in letzter Zeit zu einer **massiven Verschlechterung** der Situation gekommen.

Das schlimmste ist dabei die Tatsache dass eine **blühende Stadt** wie Koblenz aktuell 440 Obdachlose zählt, 25% davon sind noch unter 25 Jahren.

Aber auch im Hartz IV Bereich gibt es diesbezüglich Fälle, die man sich **kaum vorstellen mag**.

Bei dem einer oder anderen von Ihnen ist es vielleicht angekommen, dass auch ich sozial engagiert bin.

Ich versuche schon das letzte halbe Jahr mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln für einen Bekannten, der leider aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, und daher Hartz IV bezieht, eine kleine Wohnung oder wenigstens ein großes Zimmer zu besorgen.

Dieser Mann, der im Leben schon viel Geld in die Sozialkassen bezahlt hat, lebt seit Jahren in einem nur 14 m² großen Zimmer mit Gemeinschaftstoilette auf dem Flur. Die Vermieterin bezieht dafür von der Stadt 155,00 Euro Miete weil sie das Zimmer möbliert angeboten hat und die Miete damit im Bereich der Angemessenheit liegt, also legal ist. Ich habe mir die Situation angeschaut. Die Möbel gehören alle zusammen auf der Sperrmüll.

Damit umgeht Sie die von der Landesregierung festgelegte Obergrenze von 5,93 Euro pro m² Erstattung für Hartz IV Empfänger, an die sich natürlich auch Koblenz halten muss, um fast das Doppelte, da es sich um eine extrem kleine Wohneinheit handelt und die von der Stadt als Höchstgrenze zur Verfügung stehenden 297,50 Euro weit unterschritten sind.

Für die Stadt in Ordnung, für den Mieter einer Zumutung.

Die Feststellung eines eventuellen Mietwuchers ist für die Behörde im Einzelfall meistens nicht nachprüfbar.

Auch solchen Machenschaften muss Einhalt geboten werden, da hier von Lebensqualität nicht die Rede sein kann.

Aber wie schon erwähnt, trotz finanziellem Unterstützungsspielraums nach oben, ist das Angebot in den Bereichen zwischen 40 und 50 m² für Alleinstehende und hier insbesondere für Hartz IV Empfänger gleich null.

Hier ist die Stadt Koblenz ganz deutlich gefordert.

Diese Problematik wird sich, so wage ich zu behaupten, in Zukunft deutlich verschärfen.

Lösungsansatz für bezahlbaren Wohnraum

Ein Lösungsansatz unter vielen über den man nachdenken sollte, wäre zum Beispiel die neuen zukünftigen Bauherren, die Wohnraum zum vermieten errichten, durch Anreize der Stadt Koblenz, zum Beispiel im Bereich der Kreditvergabe, später in die Pflicht zunehmen dafür nur Mietpreise in dem von der Stadt vorgegebenen Rahmen zu verlangen

7- Bevölkerungswachstum in Koblenz und die Folgen

Unser verehrter Oberbürgermeister hat in seiner Haushaltsrede stolz auf das Bevölkerungswachstum im Koblenz hingewiesen.

Von 111549 (Okt /2015) auf 113091 (Okt / 2016).

Diese Zahlen hören sich zunächst gut an, deuten aber darauf hin, dass sich die eben angesprochene Thematik noch deutlicher verschärfen wird.

Ich bin etwas weiter in die Statistik vorgedrungen.

Der Zuwachs um 1542 Personen stellt sich wie folgt dar:

Deutsche: -166

Ausländer: +1708 (Quelle: Statistisches Landesamt)

Ich denke, dass jedem von uns klar ist, dass eine Bevölkerungsentwicklung ähnlich der im letzten Jahr die Stadt Koblenz hinsichtlich der Angebotsmöglichkeiten bezüglich bezahlbaren Wohnraums deutlich an die Grenze des Möglichen bringt.

Denn bei unseren Neubürgern sind Sozialleistungen oder Arbeit im Niedriglohnsektor bis auf wenige Ausnahmen vorprogrammiert.

Dieses Problem besteht aber auch bundesweit.

Die neusten Novemberzahlen der Bundesagentur für Arbeit sprechen auf Bundesebene von einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf **5,7%**. Das ist sehr erfreulich.

Aber im Detail betrachtet untermauern die aktuellen Zahlen den eben geschilderten Sachverhalt.

Die Zahl deutscher Arbeitsloser nahm im Vergleich mit 2014 um **8,5%** ab, die der ausländischen stieg um **13,2%**, bei Syrern macht es eine Steigerung von **170%** aus.

Daher muss Koblenz auch verstärkt Unternehmen bewerben, die Tätigkeiten mit einfachen Anforderungsprofilen anbieten um dieser Entwicklung gegen zu steuern. Doch dazu gleich mehr.

Die Aufwendungen für den Sozialbereich belaufen sich jetzt schon, wenn man die Personalkosten einrechnet, nicht auf **37%** sondern auf **42%**.

Der Bund hingegen präsentiert die schwarze Null.

Und jetzt eine Info, die sehr wahrscheinlich noch nicht jeder von Ihnen hat:

Vor **zwei Tagen** hat der Landtag mit den Stimmen der Regierungsmehrheit von SPD, FDP und Grünen, ein Gesetz verabschiedet, dass dem Land Rheinland-Pfalz die Legitimation gibt ab dem nächsten Jahr nur noch **ein Drittel** der Integrationspauschale des Bundes an die Kommunen weiter zu geben.

Abgelehnt wurde das Gesetz von CDU und AfD.

Also werden die Konnexitätsverpflichtungen mal wieder nicht eingehalten.

Die Kommunen sind damit unserer Auffassung nach endgültig zu „bad banks“ des Landes geworden.

8- Gewerbesteuer:

Die Stadt überprüft auf der einen Seite stets Einsparmöglichkeiten und versucht auf der anderen Seite, die Einnahmen zu erhöhen.

Heraus kommt dabei wieder so ein Drahtseilakt wie mit der Gewerbesteuer. **4,8%** Erhöhung auf **440** Punkte oder auch nur **2,4%** auf **430** Punkte. Das wirkt auf dem ersten Blick nicht viel.

Aber bereits kurz nach der Ankündigung einer möglicher Erhöhung, erfolgte eine **unmittelbare Reaktion**.

In ihrem Schreiben an die Fraktionen vor drei Wochen mahnt die IHK Koblenz die Ergebnisse Ihrer jüngsten Standortzufriedenheitsumfrage an, aus denen hervorgeht, dass die Unternehmen am Standort Koblenz **vor allem mit der Höhe der Belastung durch Grund und Gewerbesteuer unzufrieden sind**.

Die IHK führt an, dass zum Beispiel Mainz als Landeshauptstadt und als Teil des Rhein- Main Gebietes eine wesentlich bessere Ausgangslage hat und deshalb auch ein höherer **(480)** Gewerbebesteuersatz daher gerechtfertigt ist.

Koblenz stattdessen sei **keine europäische Metropolregion** und würde auch keiner dieser Metropolregionen mit überregionaler oder gar internationaler Anziehungskraft angehören.

An dieser Stelle sei die Frage erlaubt mit welcher Begründung zum Beispiel Kaiserslautern auf einen Gewerbebesteuersatz von 460 kommt. Das ist alles wirklich nicht so einfach.

Dennoch wird die AfD eine Gewerbesteuererhöhung ganz gleich welcher Höhe ablehnen.

Begründung

Es ist für die Zukunft unserer Stadt unbedingt notwendig neue Betriebe anzusiedeln. Aber wir müssen verstärkt darauf achten, dass diese Betriebe, wie eben schon erwähnt auch, für **gering qualifizierte Koblenzer Neubürger Arbeitsplätze anbieten**.

Daher sollte die Stadt ihren Fokus **weniger** auf Hochtechnologie, sondern **vielmehr in weitaus größerem Umfang** auf den arbeitsintensiven Bereich und das Handwerk richten.

Gerade diese Betriebe werden auf Grund ihrer knappen Kalkulationen die Gewerbesteuer und deren mögliche Entwicklung **intensiv in die Standortplanung mit einbeziehen**.

Was wollen wir? Immer mehr Hartz IV Empfänger oder wenigstens Beschäftigte im Niedriglohnsektor, die Geld in die Kasse einzahlen und sich selbst versorgen können?

Ich gehe nicht davon aus, dass zum Beispiel unser erfolgreiches Technologiezentrum diesen Menschen, bis auf wenige Ausnahmen vielleicht, Arbeitsplätze anbieten wird.

Wenn es der Stadt gelingt nur **500 Koblenzer Bürgern** einen Arbeitsplatz durch neu angesiedelte Unternehmen anzubieten, selbst wenn dieser sich an der unteren Grenze des Gehaltsniveaus befinden würde, spart die Stadt mindestens 6 Millionen Euro an Sozialleistungen. Dies wäre in etwa der Betrag, den die Stadt durch die geplante Gewerbesteuererhöhung um 40 Punkte generieren würde.

Das ist, unserer Meinung nach, die bessere Variante.

Fazit:

Trotz Anstrengungen in allen Bereichen wird es die Stadt Koblenz, ohne erhebliche Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich nicht schaffen, den Haushalt zu gesunden.

9- Zukünftige Arbeit der AfD- Fraktion

Die AfD-Fraktion in Koblenz wird sich auch im Jahr 2017 zu **allererst für die Belange unserer Stadt und unserer Bürger einsetzen.**

Dabei werden wir **sachlagenabhängig** bei unseren Entscheidungen nach allen Seiten offen sein.

Wir haben in 2016 **nahezu alle** Beschlußvorlagen mitgetragen.

Das hat nichts mit Anpassung zu tun, sondern ist vielmehr der Tatsache geschuldet, dass die Verwaltung, wie vorhin schon erwähnt, und auch die Ausschüsse im Vorfeld eine **sehr gute Arbeit** machen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit meine Damen und Herren.

Mir bleibt nur noch Ihnen allen ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und ein gesundes 2017 zu wünschen.

Dem Stadtrat wünsche ich heute Abend noch eine gelungene Weihnachtsfeier.

Rolf Pontius

Fraktions- und Kreisvorsitzender

